

ZALG 7168

BStU
000001

299/84
31.3.84

Übersetzung aus dem Russischen

Gen. Tschebrikow übermittelt Gen. Mielke diese Information und bittet darum, Gen. Honecker in Kenntnis zu setzen.

Angesichts des besonders wichtigen Charakters und aus Gründen der Sicherheit der Quelle wird gebeten, die entsprechende Vorsicht beim Umgang mit dieser Information an den Tag zu legen.

Gen. Tschebrikow äußert die Hoffnung, daß Sie Ihre Meinung sowie die Reaktion des Gen. Honecker zum Inhalt der Information mitteilen werden.

Übersetzung aus dem Russischen

GEHEIME KOMMANDOSACHE!

1607/84

Über neue Momente in der Politik der USA gegenüber den europäischen sozialistischen Ländern

Nach glaubwürdigen Angaben hat die Reagan-Administration die Absicht, die amerikanische Politik gegenüber den sozialistischen Ländern Europas zu aktivieren, um sie von der UdSSR zu trennen. So hat das State Department der USA Ende 1983 vorgeschlagen, die Taktik im Rahmen der zu dieser Frage im Jahre 1982 verabschiedeten Direktive № 54 des Präsidenten der USA über das "differenzierte" Herangehen an jedes dieser Länder etwas zu verändern und eine "neue amerikanische Offensive in der Region" zu entfalten. Der wesentliche Inhalt der Vorschläge des US-Außenministeriums besteht in folgendem:

Europa

UdSSR und Osteuropa

Im Verlaufe der gesamten Nachkriegsperiode hatte die UdSSR zwei wichtige Ziele gegenüber Osteuropa: zu erreichen, daß die osteuropäischen Staaten ihre innen- und außenpolitischen Normen mit den Normen in Übereinstimmung bringen, die von der Sowjetunion angewandt werden, sowie eine Stabilität zu erreichen, die es ihnen gestatten würde, gegenüber dem Westen solide und zuverlässig auszusehen und die UdSSR von der Notwendigkeit befreien würde, ihre begrenzten Ressourcen für die Regulierung von Krisen in den Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages umzuverteilen. Wie das Beispiel Ungarns zeigt, ist die Sowjetunion bereit, um der Erhöhung der Stabilität willen ein gewisses Abgehen von den Normen solange zuzulassen, wie ihre Sicherheit und die außenpolitischen Bedürfnisse nicht gefährdet werden. Jedoch hat die duldsame Haltung Moskaus zur Abweichung von den Normen ihre Grenzen.

Die Veränderungen in der sowjetischen Politik, die nach den ungarischen und tschechoslowakischen Ereignissen erfolgten, hängen damit zusammen, daß die Sowjetunion nicht in der Lage ist, den Ländern Osteuropas umfassende Wirtschaftshilfe zu gewähren. Die UdSSR ist aufgrund der Schwierigkeiten,

mit denen sie konfrontiert ist, nicht imstande, die ökonomischen Bedürfnisse ihrer Verbündeten im Warschauer Vertrag zu befriedigen. Das betrifft besonders jene, deren relativ entwickelte Wirtschaft den Westen für die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt braucht.

Zugleich hat die Sowjetunion zweifelsohne bedeutende Aktiva in der Region. Dazu gehören das gewaltige militärische Potential und die ökonomischen Druckhebel, da die Wirtschaft der meisten Länder Osteuropas von der sowjetischen Wirtschaft abhängig ist.

Die USA und Osteuropa

Im Zusammenhang mit dem Dargelegten kann das in der Präsidentendirektive N 54 aus dem Jahre 1982 vorgesehene Hauptziel der USA - die Untergrabung des sowjetischen Einflusses in Osteuropa und die Förderung der Rückkehr der Länder dieser Region in die Gemeinschaft der europäischen Nationen - nur im Ergebnis eines allmählichen Prozesses erreicht werden, in dessen Rahmen sich die UdSSR nicht auf irgendeinen konkreten Schritt der USA, der ihre lebenswichtigen Interessen bedroht und folglich eine konkrete sowjetische Reaktion rechtfertigen würde, berufen könnte. Die Sowjetunion fürchtet am meisten die "schleichende Konterrevolution" und dies völlig zu Recht.

Gemäß der Direktive N 54 ist zwecks Schwächung der allgemeinen Kontrolle der UdSSR über die Region vorgesehen:

- die liberalen Tendenzen in Osteuropa zu stimulieren;
- zum Schutz der Menschen- und Bürgerrechte in den osteuropäischen Ländern beizutragen;
- die prowestliche Orientierung der Bevölkerung dieser Länder zu verstärken;
- die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit der osteuropäischen Staaten von der Sowjetunion zu verringern und ihre Vereinigung mit den Ländern Westeuropas zu fördern;
- den privaten Sektor in den Wirtschaften der osteuropäischen Länder und die Entwicklung ihrer Wirtschaften auf der Grundlage der Orientierung auf den Markt zu fördern, die Tätigkeit freier Gewerkschaften zu stimulieren usw.;
- das militärische Potential der Organisation des Warschauer Vertrages zu untergraben.

Jedoch sind einige Regierungsstellen der USA, insbesondere das Verteidigungsministerium, mit einer solchen Politik nicht völlig einverstanden. Sie behaupten, grob gesagt, daß, da die Sowjetunion der Todfeind der USA ist und Osteuropa als ihre Einflusssphäre betrachtet, es umso schlechter für Moskau und umso besser für Washington ist, wenn die Angelegenheiten in den Ländern dieser Region möglichst schlecht stehen. Die Vertreter dieser Richtung bestreiten die Zweckmäßigkeit des Handels mit den osteuropäischen Ländern mit der Argumentation, daß ein solcher Handel deren Wirtschaft stärke und damit zur Erhöhung der gesamten Stärke des sowjetischer Blockes beitrage. Sie billigen nicht den Technologietransfer in diese Länder, sogar auch dann nicht, wenn es sich um Produkte für zivile Bereiche handelt, weil sie überzeugt sind, daß diese Technologien in der Folge in die Sowjetunion gelangen. Aber die Politik, die auf dem Prinzip "je schlechter, desto besser" basiert, spielt den Russen in die Hände. Sie führt zur Schwächung der Elemente in Osteuropa, die sich auf eine Modernisierung im europäischen Sinne orientieren, und zur Verstärkung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vereinigten Staaten und ihren NATO-Verbündeten über die Politik in der Region.

Die politischen Möglichkeiten der USA

Anfang 1983 drohte den Vereinigten Staaten die Gefahr, jene Positionen in Osteuropa zu verlieren, zu deren Erringung viele Jahre gebraucht worden waren. Aber die zum gegenwärtigen Zeitpunkt bestehende Situation in Osteuropa zeugt davon, daß die USA dort großen Einfluß haben können. Die derzeitige Situation in Osteuropa bietet den Vereinigten Staaten langfristig die einzigartige Möglichkeit, den Einfluß der UdSSR in diesem Raum zu schwächen und gleichzeitig den übrigen Ländern der Welt die Unvereinbarkeit zwischen den von der Sowjetunion aufgezwungenen Regimes und den nationalen Bestrebungen zu demonstrieren. Vier Hauptfaktoren sind der Erreichung der Ziele der USA in der Region förderlich:

1. Nur wenige von denen, die an der Macht sind, teilen die Ideologie sowjetischen Typs. Die Nutzung günstiger Möglichkeiten und die individuelle Karriere sind ihre Hauptprinzipien. Zweifelsohne sind die Personen, die hohe Funktionen bekleiden, nach wie vor persönlich an der

Erhaltung des Systems interessiert, aber ihre ideologische Überzeugung und das Bestreben, Anhänger zu gewinnen, werden schwächer.

2. Der ungeschriebene "Sozialvertrag", dem zufolge die schweigende Zustimmung der Bevölkerung im politischen Bereich um den Preis einer ständigen Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung erreicht wird, ist immer stärker gefährdet, da der Lebensstandard in den osteuropäischen Ländern weiter sinkt. Polen ist ein klassisches Beispiel für den destabilisierenden Einfluß der wirtschaftlichen Stagnation, ja des Rückgangs. Die ökonomischen Entbehrungen können zu Instabilität in der gesamten Region führen.
3. Wie oben festgestellt wurde, hat es bedeutende, über einen langen Zeitraum erfolgende Lieferungen sowjetischer Ressourcen, wie sie für vergangene Krisenperioden charakteristisch waren, einfach nicht gegeben; jedes osteuropäische Land muß offensichtlich seine ökonomischen Probleme selbständig lösen. Im Zusammenhang mit dem Mangel an ökonomischen Ressourcen muß die Erkenntnis wachsen, daß es notwendig ist, die Arbeitsproduktivität mit Hilfe westlicher Ausrüstungen und Technologien zu steigern.
4. Die Schwierigkeiten, die die Sowjetunion hat, verstärken die für die osteuropäischen Länder charakteristische generelle Tendenz, sich auf der Suche nach neuen Ideen dem Westen zuzuwenden. Das ist besonders charakteristisch für die zu Neuerungen neigenden Gruppen: die Jugend und die Intelligenz.

Zugleich sind die kurzfristigen Möglichkeiten der Vereinigten Staaten in Osteuropa beschränkt, und zwar aus folgenden Gründen:

- Die UdSSR kann Gewalt in der Region anwenden und wird dies offenkundig tun, wenn sie eine Gefahr für ihre vitalen Interessen sieht.

- Die osteuropäischen Länder können unter Berücksichtigung der Realität der sowjetischen Macht und der Versprechungen des Westens, ihnen Technologien zukommen zu lassen; versuchen, den Osten und den Westen aufeinanderzuzehetzen, um möglichst viel von beiden Seiten zu bekommen.
- Das differenzierte Herangehen an die Länder wird nur einen begrenzten kurzzeitigen Effekt bringen, besonders wenn die amerikanisch-sowjetische Beziehungen gespannt bleiben.
- Das Wirken der amerikanischen ökonomischen Hebel ist im Zusammenhang mit dem Charakter der Wirtschaften der osteuropäischen Länder beschränkt. Neben der Tatsache, daß das sowjetische Wirtschaftsmodell in den meisten dieser Länder dominiert, befinden sie sich noch in einer erzwungenen Abhängigkeit von der Sowjetunion, die die Quelle für die Lieferung von Energieressourcen und anderen Arten von Rohstoffen sowie Absatzmarkt für eine bedeutende Menge von Industriewaren ist, deren schlechte Qualität und geringes technologisches Niveau einen Absatz im Westen unmöglich machen (obwohl einige Arten von Erzeugnissen in den Entwicklungsländern abgesetzt werden könnten).

- Die Möglichkeiten der USA zur Einflußnahme sind auch aufgrund der unzureichenden einheimischen Ressourcen der USA und der großen Verschuldung der osteuropäischen Staaten begrenzt. Doch die Zuspitzung der ökonomischen und politischen Probleme in diesen Ländern macht diese aufnahmebereiter für ein differenziertes Herangehen.

Das Programm des Vorgehens der USA entsprechend den einzelnen Staaten.

Zusätzliche Mittel in Wirtschaftssysteme sowjetischen Musters zu investieren wäre nicht vernünftig, wovon deutlich die Erfahrungen der 60er und 70er Jahre zeugen. Unter Nutzung aller ökonomischen, kulturellen und ideologischen Waffen, die sich im amerikanischen Arsenal befinden, kommt es darauf an, eine langfristige Offensive zu entfalten, um den Einfluß der Sowjetunion zu schwächen und die amerikanischen Positionen in Osteuropa zu stärken. Das erfordere von den USA erhebliche Anstrengungen an einer breiten Front, die Berücksichtigung der Schwierigkeiten der osteuropäischen Staaten und der Differenzen zwischen ihnen sowie politische Entschlossenheit. Dieses Herangehen an die osteuropäischen Staaten trägt einen langfristigen Charakter. Es werde keine plötzlichen kurzfristigen Ergebnisse zeitigen. Allein ein andauernder und intensiver bilateraler Dialog kann einen allmählichen Fortschritt sichern. Die Vereinigten Staaten müssen eine Politik verfolgen, die den Besonderheiten jedes einzelnen Landes entspricht, um Veränderungen zu inspirieren, die zu einem Abfall des einen oder anderen Landes vom sowjetischen ökonomischen und politischen Modell führen. Für die Staaten der Region müssen konkrete Programme in folgenden Richtungen ausgearbeitet werden:

- Polen. Kennzeichnende Besonderheit der VRP ist nach wie vor die kategorische Weigerung der Bevölkerung, das von der Sowjetunion aufgezwungene politische System zu akzeptieren. Ungeachtet relativer Erfolge bei der Herstellung von Ordnung in Polen unter den Bedingungen des Kriegszustands muß die UdSSR Besorgnis hinsichtlich der Zuverlässigkeit des Landes als Verbündeter im Warschauer Vertrag und hinsichtlich seiner politischen und ökonomischen Stabilität empfinden. Die USA müssen Realismus und Flexibilität an den Tag legen und in Polen eine Entwicklung nach dem Beispiel Ungarns als Gegengewicht zur Tschechoslowakei inspirieren. Wenn es

die Situation im Bereich der Menschenrechte in Polen zuläßt, sollten die Vereinigten Staaten die Frage der Wiederaufnahme des Dialogs mit Warschau auf hoher Ebene prüfen.

- DDR. Obwohl sich Ostdeutschland unter dem Einfluß vieler Faktoren befindet, die die anderen sozialistischen Staaten berühren, wurde es ihm gestattet, einen höheren Lebensstandard zu erreichen, um den möglichen ungünstigen Eindruck im Vergleich zum Leben in der BRD auf ein Minimum zu reduzieren. Daneben wird von der DDR ständig die Wahrung politischer und ideologischer Sauberkeit verlangt, und man erwartet von ihr die besonders enge Bindung der Wirtschaft an die Wirtschaft der Sowjetunion. Doch ungeachtet dessen hat sich in der DDR eine inoffizielle Friedensbewegung entwickelt, und es verschärfte sich das Bewußtsein um die Tatsache, daß Deutschland in Europa eine besondere Rolle spielt. Die amerikanische Fähigkeit, auf die Ereignisse in der DDR in politischem und ökonomischem Bereich Einfluß zu nehmen, ist hinlänglich begrenzt, dennoch prüfen die USA gemeinsam mit der DDR die Möglichkeiten, parallel bei der Lösung einer Reihe schon seit langem bestehender Probleme wie z.B. die offiziellen Ansprüche der Vereinigten Staaten gegenüber der DDR, die inoffiziellen Ansprüche der Juden und die Familienzusammenführung voranzukommen. Als Stimulus, der die DDR veranlassen soll, konstruktiv an die Lösung dieser Probleme heranzugehen, nutzen die USA die Möglichkeit, zum Abschluß des Prozesses eine Handelsvereinbarung abzuschließen (ohne Gewährung des Meistbegünstigungsregimes), das die Reduzierung der Tarife oder die Befreiung vorher festgelegter Warenarten von der Belegung mit Tarifen vorsieht.

- Ungarn. Budapest realisiert eine pragmatische Wirtschaftsreform, die die Wirtschaft auf den Markt orientiert, und führt Experimente im Rahmen einer begrenzten politischen Reform durch. Die ungarische Führung weitert die Beziehungen zu westlichen Wirtschaftseinrichtungen aus und trachtet unbemerkt nach einer Vergrößerung der Handlungsfreiheit im Rahmen des Warschauer Vertrags und des RGW. Der Besuch von Vizepräsident Bush in Budapest im September 1983 sowie der Besuch des neuen ungarischen Außenministers in Washington im gleichen Monat zeugen von der positiven Einstellung der USA zu der relativen Unabhängigkeit Ungarns von der Sowjetunion

Die Vereinigten Staaten müssen den Dialog mit den offiziellen Persönlichkeiten Ungarns erweitern und vertiefen, Budapest zu weiteren Experimenten im Rahmen einer ökonomischen und politischen Reform veranlassen und die Nähe Ungarns zum Westen möglichst stark hervorheben. Zu den besonderen Zielen der USA gehören der Abschluß eines Abkommens über ein erweitertes Programm des Kulturaustauschs mit der UVR sowie der Abschluß eines für mehrere Jahre berechneten Abkommens über die Gewährung der Meistbegünstigung an Ungarn.

- Rumänien. Die besondere Stellung der SRR in der Organisation des Warschauer Vertrags und im RGW ist eine Quelle der Besorgnis für Moskau ebenso wie die antisowjetischen Tendenzen und die Traditionen der Unabhängigkeit von ausländischer Herrschaft, die für die rumänische Bevölkerung kennzeichnend sind. Der Besuch von Vizepräsident Bush im September verstärkte bei Bukarest das Gefühl der Unabhängigkeit und erhöhte die persönliche Autorität von Präsident Ceausescu. Die USA müssen sich nach wie vor bei der rumänischen Regierung um eine Verbesserung der Lage im Bereich der Menschenrechte bemühen und Rumänien zur Unabhängigkeit von der Sowjetunion ermuntern. Das nächste amerikanische Ziel besteht darin, Bukarest mit einer Satellitenverbindungsstation zu versehen.

- CSSR und VRB. Unruhen sind sogar in den Ländern mit slawischer Bevölkerung - in der Tschechoslowakei und Bulgarien - festzustellen. Da die Tschechen und Slowaken Menschen mit westlicher Mentalität sind, sind sie zweifellos über ihre sich auf die Sowjetunion orientierende Regierung empört. Es muß dazu beigetragen werden, Unzufriedenheit mit der prosowjetischen Politik zu entwickeln. Die USA planen in nächster Zeit, die Bereitschaft Prags zu einer Besserung der bilateralen Beziehungen zu Washington zu prüfen: Der neue amerikanische Botschafter Bill Lewers wird den Vorschlag über die Inkraftsetzung des Konsularvertrags unterbreiten, dessen Entwurf schon lange ausgearbeitet ist, sowie den Abschluß eines Abkommens über den Kulturaustausch vorschlagen.

Die bulgarische Führung, die von Nationalstolz erfüllt ist, führt ohne überflüssiges Aufsehen als Experiment ökonomische Umgestaltungen in Form einer Dezentralisierung durch, und zwar ähnlich denen, wie sie in Ungarn vorgenommen werden. In einem Gespräch mit dem USA-Botschafter Barry im

Sommer 1983 versprach der Generalsekretär des ZK der BKP, Shiwkow, bei der Lösung einer Reihe von Problemen, die für die USA von Interesse sind, voranzukommen. Dieses Versprechen beginnt sich zu materialisieren. Die Vereinigten Staaten arbeiten ein Programm für weitere bilaterale Schritte aus, die dazu beitragen können, daß Bulgarien einen nationalistischeren Kurs verfolgt, sowie dazu, daß es sich weniger auf die Sowjetunion orientiert (das Programm wird in Kraft treten, wenn keine überzeugenden Beweise für die Beteiligung Bulgariens am Papstattentat gefunden werden können).

Das Beispiel der beiden Staaten im Südwesten der Region, Jugoslawien und Albanien, zeugt noch anschaulicher als das Beispiel Ungarns und Rumäniens davon, daß Länder, die einmal ergebene sozialistische Verbündete waren, sich dem Einfluß Moskaus entziehen können. Beide Staaten lehnen eine Beteiligung an der Realisierung der sowjetischen Pläne für eine ökonomische, militärische und ideologische Integration ab (wenngleich Jugoslawien auch weiterhin einen Beobachterstatus im RGW hat).

- Albanien. Unter Beibehaltung seiner Isolierung sowohl von den Vereinigten Staaten als auch von der Sowjetunion unterhält Albanien diplomatische Beziehungen zu fast 100 Staaten, einschließlich aller westeuropäischen Staaten außer Großbritannien und der BRD. In den letzten fünf Jahren ist Albanien mit einer Reihe recht interessanter kleinerer Initiativen gegenüber dem Westen (aber nicht gegenüber den Vereinigten Staaten) aufgetreten. Die USA bewegen sich auch weiterhin voran im Rahmen der Anfangsetappe der Ausarbeitung eines Abkommens mit Albanien im Zusammenhang mit den Forderungen, die noch aus dem 2. Weltkrieg bestehen (Frage des Goldes usw.). Die USA planen auch, ihre NATO-Verbündeten zu einer Erweiterung der Kontakte zu dem gegenwärtigen albanischen Regime zu ermuntern.

- Jugoslawien. Die SFRJ unternimmt energische Anstrengungen zur Modernisierung ihrer Wirtschaft, wobei sie den Akzent auf eine Dezentralisierung und auf Marktkräfte legt, während ihre Außenpolitik unabhängig bleibt und sie auch weiterhin auf den Positionen der Paktfreiheit steht.

Die USA müssen Jugoslawien ihre feste Entschlossenheit demonstrieren, die Unabhängigkeit des Landes zu unterstützen (was zum Teil während des Besuchs von Vizepräsident Bush in Belgrad im September geschah). Zu diesem Zweck kommt es für die USA u.a. darauf an, die führende Rolle bei der Ausarbeitung eines Pakets von Vorschlägen für die finanzielle Unterstützung der SFRJ im Jahre 1984 zu spielen, das sowohl für die privaten Banken und die Regierungen der beteiligten Staaten als auch für die jugoslawische Regierung annehmbar ist.

